

Das Thema »Boden« in den Medien

Florian Hildebrand*

Das Thema, das mir die Akademie gestellt hat, ist bald ebenso verflochten wie die Bodenschutz-Problematik überhaupt. Sie werden es mir nachsehen, daß ich nicht die Fleißaufgabe auf mich genommen und gezählt habe, wie oft, sagen wir, im letzten Jahr unser Thema in welchen Medien wie ausführlich und mit welchem Gewicht und Zungenschlag behandelt worden ist. Der Aufwand wäre für unseren Zusammenhang unverhältnismäßig, das Ergebnis hätte überdies nur die Funktion, die Fragen zu provozieren, die ich Ihnen ohnedies zu beantworten versuche.

»Das Thema »Boden« in den Medien« — dem Boden geht es nicht anders als anderen Umweltschutz-Themen in den Medien. Darum erlauben Sie mir, mein Thema etwas allgemeiner zu fassen und darauf einzugehen, wie ökologische Fragestellungen generell in den Medien behandelt werden, und dabei den »Boden« exemplarisch heranzuziehen.

Sie werden mir zustimmen, wenn ich behaupte: ob es der Diesel-Ruß und seine möglicherweise Krebs auslösenden Folgen ist oder der Verbleib von Agrarchemikalien im Boden, die Frage der Altlasten oder die Versauerung des Bodens: all diese Probleme sind weit komplexer als es die journalistische Darstellung vermitteln kann, die dem Hörer in Wissenschaftssendungen oft mehr Aufmerksamkeit und Konzentration abverlangt als es nach ungeschriebenen Rundfunk-Regeln erlaubt ist.

Ökologie zu schwierig für die Medien?

Hier haben wir eines der zentralen Probleme vor uns, mit denen es der auf ökologische Fragen spezialisierte Journalist zu tun hat: er steht zwischen seinem Thema und dem, was ihm vermittelbar erscheint. Das bildet sich auf verschiedene Weise ab. Der Bericht über einzelne Ereignisse verstellt den Blick auf die viel weiter reichenden Zusammenhänge. Wir sind gewohnt, in linearen Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu denken und zu argumentieren. Sie wissen, daß jedes Ökosystem ein derart vernetztes, weitreichendes und für uns unüberschaubares, selbst mit Vester'schen kybernetischen Modellen nur ahnungsweise erfaßbares Wirkungssystem darstellt, daß selbst gut ausgestattete wissenschaftliche Teams sich zu exemplarischen Indikatoren flüchten müssen, weil sie eine hinreichende Analyse des Ganzen nicht leisten können.

Wenn der Journalist aber seine Pflicht als Kommunikator ernst nehmen will, müßte es ihm gelingen, dem Zeitung lesenden oder Rundfunk hörenden Bauern oder Gärtner einleuchtend mitzutei-

len, welche Hypothek er dem Boden aufbürdet, wenn er nach dem Prinzip »Viel hilft viel« mit Pflanzenschutzgiften den Acker oder den Rasen hinter dem Haus dressiert. Sie wissen, daß der Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft im April 1987 in einem Brief an das Bundesgesundheitsministerium geklagt hat, die kommunalen Wasserwerke könnten nicht in jedem Falle garantieren, daß die Schadstoffbelastung 1989 unter den Grenzwerten bleibt, die die EG dann verlangt. Mit anderen Worten: das Grundwasser, das immerhin sieben von zehn Bundesbürger als Trinkwasser aus dem Hahn laufen lassen, ist bereits derart mit den Rückständen von Herbiziden und Pestiziden versetzt, daß wir uns vielerorts von der Vorstellung eines »reinen« Lebensmittels verabschieden müssen. Zwar geht der Herbizid-Einsatz in der Bundesrepublik — er liegt gegenwärtig bei rund 30.000 Tonnen im Jahr — seit 1980 zurück, doch die Rückstände im Grundwasser steigen in der Konzentration langsam weiter an. Das bedeutet doch offenbar: der Boden hat sein Speichervermögen erreicht; was jahre- und jahrzehntelang an Agrarchemikalien ausgebracht worden ist, wird in zum Teil uns gar nicht bekannten Metaboliten, Umwandlungsprodukten also und Restbeständen unsere wichtigsten Ressourcen verseuchen.

Wer dies für ein wichtiges Thema hält und den Dingen für eine ausführliche Berichterstattung versucht auf den Grund zu gehen, wird rasch feststellen, daß die Zusammenhänge umso komplizierter werden, je tiefer er in die Materie eindringt. Ich spreche hier auch vom Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Politik.

Medien und Wissenschaft

Auch wenn auf dem Gebiet der Umweltchemikalien derzeit viel geforscht wird — zum Beispiel in der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, so ist heute immer noch von den wenigsten Stoffen bekannt, wie sie sich in Luft, Boden und Wasser, diese Medien lassen sich systematisch eigentlich nicht trennen, ausbreiten und wie sie sich dort zusammen mit anderen Verbindungen verhalten, wie sie in die Nahrungskette eingeschleust werden, ob sie zerfallen oder persistent bleiben, wie sie sich umwandeln, neue chemische Verbindungen eingehen, ob sie sich in ihrer Wirkung auf Mensch, Tier und Pflanze mit anderen Substanzen aufheben, neutral verhalten oder potenzieren, und schließlich, wie die Wirkungen kurzfristig und langfristig aussehen.

Die forschenden Experten, so scheint mir, beginnen erst, seitdem ihre Instrumente zum Teil bis in den molekularen Bereich hineinleuchten können, zu ahnen, wie komplex der Umweltchemismus eigentlich ist. Zu ahnen, sage ich, denn noch gibt es längst nicht für alle Wirkstoffe, die als Agrarchemie, aus der Luft oder als sogenannte Altlast in den Boden geraten, Analysegeräte z. B. im Mikrogrammbereich, der für die Grenzwerte nach der Trinkwasserverordnung von 1989 an gilt.

Den Journalisten irritiert aber nicht nur die Sicherheit, die die Exekutive vorgibt, obgleich sie

*) Vortrag am 27. 6. 87 auf dem Seminar »Lebensraum Wasser, Boden Luft in unserem Bewußtsein und in den Medien« vom 26.–28. 6. 1987 in Laufen a. d. Salzach, veranstaltet von der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege in Zusammenarbeit mit der Bezirksgemeinschaft Oberbayern im Bayerischen Volkshochschulverband e. V.

von einer Wissenschaft, die klar und uneitel ihre Grenzen kennt, kaum dazu ermuntert sein dürfte. Wer mit Hilfe der Wissenschaft den Hintergrund für ein ökologisches Thema aufzuhellen versucht, muß sich als Außenstehender in eine Spähre begeben, die er in ihren feinen Facetten nicht gänzlich durchschaut. Wer ist für sein Thema zuständig? Was ist die Schulmeinung, was Außenseitertheorie? Warum sind sogenannte führende Institute führend? Vielleicht weil sie durch große Staatsaufträge bekannt geworden sind? Er hat weder die Fachkenntnis noch den Apparat, Untersuchungen, die ihm auf den Tisch gelegt werden, kritisch nach Voraussetzungen und Methode durchzusehen. Es fällt ihm allenfalls auf, daß mit dem gewissermaßen »harten« naturwissenschaftlichen Vorgehen beileibe nicht alles, was offensichtlich scheint, zu belegen oder zu widerlegen ist, daß andererseits die Wirklichkeit ein weit reicheres Leben entfaltet als alle Naturwissenschaft nachzuvollziehen imstande ist.

Beim Umgang mit den Wissenschaftlern könnte er es skrupelfrei leicht machen und sagen: in der Toxikologie stelle ich Otmar Wassermann gegen Helmut Greim, in der Atomenergie Heinz Bekturts gegen Klaus Traube und überlasse es dem Leser oder Hörer oder Zuschauer, sich aus Meinung und Gegenmeinung ein eigenes Urteil zu bilden. Das wird zwar als redlich angesehen, doch wenn schon der Journalist die Kompetenz eines Wissenschaftlers nicht zureichend beurteilen kann, soll es dann der Zeitungsleser, dem jeweils nur ein paar Argumente vorgeführt werden, besser können?

Mit der Wissenschaft noch weniger Gewißheit als ohne sie?

Wer sich aber intensiver auf die science community einläßt, und darum kommt kaum ein ökologisch interessierter Journalist herum, wenn er nicht nur offizielle Informationen erhalten will, wenn er sich also näher auf die Wissenschaftler-Gemeinde einlassen will, wird er nach und nach zu Einsichten gelangen, die seine Wahrheitssuche erschweren:

- Opportunismus versteckt sich hinter wissenschaftlicher Objektivität, um Forschungsgelder nicht zu gefährden;
- das Offensichtliche wird übergangen, weil es naturwissenschaftlich nicht exakt beweisbar ist;
- die politische Ausnutzbarkeit dieser Zurückhaltung wird, bewußt oder nicht, nicht zur Kenntnis genommen;
- das Offensichtliche wird mit einer Ausschließlichkeit herangezogen, die die Tiefe eines Problems mißachtet (Beispiel Blättersterben)
- die Auftragsforschung breitet sich immer mehr aus, um das schwindende Vertrauen in die Forschung allgemein zu retten, aber effektiv erreicht sie das Gegenteil;
- sogenannte kritische Wissenschaftler, die sich denselben Regeln ihrer sogenannten etablierten Kollegen unterwerfen, nur mit dem Unterschied, daß sie ihre Einseitigkeit einräumen, wogegen sich die anderen hinter ihrer Objektivität verschanzen, diese kritischen Wissenschaftler kommen noch viel zu wenig zu Wort.

Das ist natürlich auch Schuld der Journalisten, wenn sie aus Feigheit dem Vorwurf, ein Öko-Institut oder ein Ifeu-Institut arbeite unseriös, schlampig und werte einseitig aus, nicht Paroli bieten und daher die kritische Stimme lieber weglassen.

Der ökologisch interessierte Journalist dürfte sich eigentlich bei seinen Recherchen nicht der Mühsal entziehen, um es pointiert auszudrücken, einen Mittelweg zu finden zwischen der Verharmlosung der einen und den Kassandrarufern der anderen. Das ist natürlich unbequem und im Tagesgeschäft gewiß nicht immer zu leisten.

Warum auf die wissenschaftliche Stellungnahme nicht zu verzichten ist

Warum aber überhaupt soviel Gewicht auf die wissenschaftliche Aussage legen? Ökologische Fragestellungen gehören nach einer ungeschriebenen Übereinkunft der Medien ins Ressort der Wissenschafts-Berichterstattung. Das hat seine guten Gründe. Einmal gibt es dort Journalisten, die sich in die verschiedenen Themenbereiche eingearbeitet haben. Zudem wird die wissenschaftliche Aussage im Umweltschutz eher benötigt als vielleicht in der Wirtschaft oder der Sozialpolitik. Nach der Tagesaktualität beschäftigen sich natürlich auch Journalisten aus anderen Ressorts wie »Kommunales«, »Landespolitik« oder »Wirtschaft« mit dem Umweltschutz, und hier sage ich bewußt Umweltschutz. Denn für sie handelt es sich um eine Meldung zum Tage, morgen berichten sie über Gewerkschaften, übermorgen über die Krankenkassen und so fort. So sind die einen themen-, die anderen aktualitätsbezogen.

Auch der aufs Thema Ökologie konzentrierte Journalist muß sich bewußt sein, daß sein, wenn auch vielleicht manchmal zwiespältiges Verhältnis zu den wissenschaftlichen Ratgebern die anderen Aspekte seiner Passion leicht zu kurz kommen läßt: die ästhetische, ethische und die Komponente einer allgemeinen Lebensqualität. Wie viele andere muß er sich dem Dilemma aussetzen, daß einerseits die Wissenschaft nicht alles ist, aber das Ökologische nichts ohne sie. Anders ausgedrückt: gerade in unserem Zusammenhang, da die langfristigen Folgen menschlichen Tuns verhandelt werden und zwar auf einem Terrain, das nicht überall und beliebig repariert werden kann, wo es einmal zerstört ist, gerade da müssen wir uns mit wissenschaftlichen Argumenten glaubwürdig halten, auch wenn wir wissen, daß die Wissenschaft nicht alles erkennt, was wir wissen müßten.

Der letzte Grund

Doch die Wissenschaft hat die Religion in der Normensetzung abgelöst. Auch wenn sie damit überfordert ist, denn sie ist nicht besser als ihre Vertreter es sind, so liefert doch am ehesten noch sie eine Handhabe, sich im Interessenskonflikt durchzusetzen. Dagegen können sich Argumente wie »ethische Verpflichtung gegenüber der Schöpfung oder den uns nachfolgenden Generationen« immer noch nicht behaupten, auch nicht der Verweis auf die Erlebnisqualität oder die ästhetische Qualität einer vielfältigen Natur und nicht die »Würde des Menschen«, die sich spiegelt im sorgsamsten Umgang mit der Welt, die ihn ja erst in Jahrmillionen zu dem herangezogen hat, was er heute ist. Die Würde liegt in der Einsicht, daß wir die geistige Überlegenheit über die Natur, mit der sie uns erst ausgestattet hat, dazu benutzen, diese natürlichen Bedingungen unseres Seins zu bewahren und nicht zu zerstören. Diesen Gedanken habe ich bei Romain GARY gefunden, in seinem Buch »Die Wurzeln des Himmels«, 1956 geschrieben. Dort finden Sie im Grundsatz alles, was uns heute so aktuell erscheint, bereits vorgedacht bis hin zu der angeblichen Alternative Umweltschutz

oder Arbeitsplätze. Bei der Gelegenheit werden Sie in ein Afrika entführt, wie es heute nicht mehr existiert. Das Buch ist erst jüngst bei Piper wieder neu herausgekommen.

Der Kampf um Betroffenheit

Der Journalist steht täglich vor der Frage: welches Thema interessiert die Öffentlichkeit? Wer ist meine Öffentlichkeit? Natürlich wird der Gärtner im Harz-Ort Oker hellwach, wenn er der Zeitung entnimmt oder im Radio hört, daß er den Salat aus seinem Garten nicht essen darf, weil der Boden mit Blei hoch vergiftet ist. Doch ihn meine ich nicht, sondern das Publikum, das sich in der Tagesschau ansieht, »wenn hinten, weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen«, wie es so treffend im »Faust« heißt. Und damit haben wir es auch bei den Schädigungen unserer Ökosysteme zu tun: die Betroffenheit läßt umso mehr nach, je scheinbar weiter entfernt vom persönlichen Umfeld etw. geschieht.

Die Gemeinde Neufahrn zwischen München und Freising hat mit Millionenaufwand, der ihr zum Teil aus freistaatlichen Kassen bezahlt worden ist, eine neue Trinkwasserversorgung erhalten. Die Bevölkerung dort trinkt jetzt Wasser aus einer Tiefe von 600 Metern, Wasser, das tausend Jahre alt ist. Die Ursache: die Grundwasserhorizonte, die näher an der Oberfläche liegen, sind zu stark mit Nitraten verseucht. Der einzelne Verbraucher merkt es nur daran, daß der Wasserpreis, wenn überhaupt, geringfügig gestiegen ist.

Das wird kaum jemandem aufregen, denn alle sind gewohnt, daß die Entgelte für die Daseinsvorsorge und die Entsorgung von Zeit zu Zeit teurer werden. Die Exekutive hat kein Interesse daran, mit der alarmierenden Meldung an die Öffentlichkeit zu gehen: »Unser Wasser ist verseucht; wir müssen unsere Bauern zwingen, auf ihre Gülleentsorgung auf dem Acker zu verzichten«. Die Exekutive hat überhaupt schlechte Nachrichten aus ihrer Zuständigkeit nicht gern, denn sie fürchtet, beim Wähler könnte die Vermutung aufkommen, sie habe die Probleme nicht »im Griff«, wie es so entlarvend heißt. Auf diese Weise wird Betroffenheit vermieden, und der schöne Slogan »Umweltschutz geht alle an« wird schon von denen nicht beachtet, die ihn einst an die Plakatwände geschrieben haben.

Die Verharmlosungsstrategien, die wir nach jeder Umweltkatastrophe in immer neuen Varianten erleben dürfen, richten sich letzten Endes nicht nur gegen den Bürger, der über mögliche oder tatsächliche Gefahren hinweggetäuscht wird, sondern auch gegen die vollziehenden Behörden selbst, denn sie versuchen damit das Engagement ruhig zu stellen, zu dem weit mehr Bürger als bisher imstande sind und das den Behörden ihre Arbeit erheblich erleichtern könnte.

Meist wird den Medien und ihrem Zwang, den Konsumenten zu überfüttern, angelastet, daß Katastrophen wie Seveso, Bhopal und Basel eine Aufmerksamkeitsfrist von allenfalls einem Monat besitzen und dann im täglichen Einerlei der Nachrichtenflut untergehen. Das will ich gar nicht abstreiten: »The show must go on« und »the best news are the latest news«. Es liegt aber auch am Zwang der Politiker, ihr Volk stets aufs Neue zu beschwichtigen in der Weise »Das kann bei uns überhaupt nicht passieren« und »Es hat zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Öffentlichkeit bestanden«.

Der Journalist, der sich in erster Linie mit ökologischen Fragestellungen beschäftigt, steht vor einem zweifachen Dilemma: hier ist die offizielle

Besänftigung, dort die Warnung von Fachleuten, oft unter der Hand weitergereicht, daß durchaus nicht alles so harmlos sei. Außerdem: auf der einen Seite werden die ökologischen Probleme schnell vergessen oder verdrängt, weil sie auch vom Einzelnen eigentlich unbequeme Verhaltensänderungen provozieren; auf der anderen Seite bleiben die Probleme selbst aktuell. Wer spricht heute noch vom Waldsterben? Doch stirbt der Wald weiter. Die Bodenbelastung hat es bis zur Stunde noch nicht zu einer alle aufrüttelnden Katastrophe gebracht, wenn Sie mir diesen Sarkasmus erlauben, wie der Wald oder die Atomenergie und besitzt dann im allgemeinen Bewußtsein noch nicht den zweifelhaften Status, nationales Umweltproblem zu sein.

Die Medienöffentlichkeit

Zwar weist eine häufig zitierte Statistik aus, daß sich 70 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung für nichts mehr interessieren als für Umweltschutz und Frieden. Für mich sind das, wenn diese Umfrageergebnisse überhaupt stimmen, nur leere Bekenntnisse, aus denen kaum auf einen entsprechenden Tatendrang geschlossen werden kann.

Gleichwohl sind für viele »Natur« und »Umweltschutz« so etwas wie Indikative, an denen sie Gleichgesinnte erkennen und sich ihre geistige Auseinandersetzung manifestiert. Diese Menschen sind häufig das Zielpublikum für die Berichterstattung über ökologische Fragen. Gestatten Sie mir, einen Moment ins letzte Jahrhundert zurückzugehen. Ich möchte mit einer kleinen kulturhistorischen Anmerkung versuchen, die Herkunft eines Naturverständnisses zu umreißen, das einen Teil der Öffentlichkeit mit einer Kritik an hypertrophen Erscheinungen unserer Industriegesellschaft verbindet.

In allen städtischen Hochkulturen hat es solchen zivilisatorischen Überdruß gegeben, in China, Persien, der europäischen Antike und im Mittelalter. Noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts galt der Haushalt der Natur als Ausdruck göttlicher Ordnung, der menschlichen Selbstentfaltung überantwortet, sofern Nützlichkeit und Schönheit als Leitmotive dabei im Vordergrund stehen. So wurden »ungesunde« Moore trockengelegt und französische Gärten konstruiert. Generell hatte die Natur noch etwas viel zu Bedrohliches, als daß der Mensch den Verlust der Verbindung zu ihr als Gefühl, aus der Schöpfung gefallen zu sein, beklagen konnte.

Dies änderte sich um die Wende zum 19. Jahrhundert mit der Romantik und als sich die Industrialisierung langsam von England auf dem europäischen Kontinent auszubreiten begann. Den Städtern, die zusahen, wie sich am Stadtrand Fabrik neben Fabrik ansiedelte und wie vom Land Menschen, und es waren in der Regel die ärmsten, in Scharen kamen, um ihre Arbeitskraft zu verdienen, den Städtern also, die dem zusahen, dämmerte nach und nach, daß der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Zivilisation und Natur allmählich nicht mehr rückgängig zu machen sein würde. Die Romantiker konnten noch mit eigenen Augen und Händen fassen, was sie in der Stadt vermißten: Die Natur als Wildnis, als organisches Wachstum, das sie gegen das Gerechnete, Konstruierte, Geplante in ihrem Leben setzten. Sie konnten die Trennung von der Natur, die ja die Sehnsucht nach ihr voraussetzt, im Prinzip noch rückgängig machen.

Heute ist das endgültig nicht mehr möglich. Es gibt nämlich bereits den Gegensatz zwischen Stadt

und Land als existentielles Daseinsgefühl nicht mehr. Die Sehnsucht der Städter nach dem Landleben, das sich an sommerlichen, sonnenbeschienenen Wochenenden geradezu in einer Massenfucht aus der Stadt äußert, diese Sehnsucht nach dem Landleben ist nicht mehr als eine Variante im Konsumverhalten. Niemand, auch nicht jener mit dem Bauernhof in Niederbayern oder der Hütte in Tirol, sucht das »Eigentliche«, »Ursprüngliche«, wo das Leben seinen Sinn erhält, indem man es sich Tag für Tag quasi neu erkämpft, während man in der Stadt eben nicht allmorgendlich den Ofen anheizen, das Wasser aus dem Brunnen holen und anwärmen muß. Die meisten Menschen suchen die ländliche Kulisse für ihr Sportvergnügen oder ihr besinnliches Wandern, die Badeseen und die Ruhe, nicht aber das grundsätzliche Andere.

Damit habe ich nur mit einigen wenigen und unvollkommenen Strichen den kulturhistorischen Hintergrund skizzieren können, vor dem die ökologische, vielleicht mehr noch die ästhetische Kritik an Landschaftsumbau und Naturzerstörung zu sehen ist. Diese Einstellung gilt für die Journalisten, die mit den entsprechenden Themen befaßt sind, und für ihr Publikum gleichermaßen. Charakteristisch ist, denke ich, für die Einwände aus dieser Sphäre: materielle Argumente, zum Beispiel Arbeitsplätze, Wohlstandseinbußen oder ähnliches verfährt nicht. Die Negation des ökonomischen Prinzips gehört nämlich zur auslösenden Essenz jener Kritik an der Naturzerstörung zugunsten des materiellen Wohlstands. Hier zeichnet sich die Vorhut einer postindustriellen Gesellschaft ab.

Diese Menschen stellen eine Minderheit dar, die freilich immer größer wird, je katastrophaler die Ereignisse und immer rascher die Frequenzen werden, in der sie hintereinanderfolgen. Das Jahr 1986 hat es in dieser Hinsicht zu einem atemberaubenden Rekord gebracht.

Das Thema in der Redaktionskonferenz

Im selben Maße ist der Umweltschutz, hier benutze ich dieses Wort erneut bewußt in der Verkürzung, mit der versucht wird, das große Thema klein zu halten, im selben Maße also ist der Umweltschutz als gleichberechtigtes Thema in die Redaktionskonferenzen eingezogen, wo die Programme der elektronischen Medien und die Spalten der Zeitungen zusammengestellt werden. Ein Umweltschutzthema ist immer gern gesehen und je nach genereller Richtung des Mediums, als kritischer Beitrag oder als aufbauender, in dem das staatliche und industrielle Verantwortungsbewußtsein herausgestellt wird.

Manchmal begegnet dem recherchierenden Journalisten allerdings innerhalb seines Mediums eine gewisse Müdigkeit oder, besser, Überdruß an den »ständigen Katastrophenmeldungen«, und er muß gegen den internen Verdrängungsmechanismus anrennen, der unter Umständen auch politisch motiviert ist oder von der Anzeigenabteilung unterstützt wird, die Einreden potenter inserierender Unternehmen fürchtet. Brisant ist für die Programmverantwortlichen, wenn Dinge und Personen beim Namen genannt und namentlich kritisiert werden, vor allem wenn es um die Atomenergie oder die chemische Industrie geht. Wer es auf Kontroversen, die gelegentlich auf Restriktionen hinauslaufen können, nicht ankommen lassen will, bemüht sich um die vielzitierte Ausgewogenheit oder flüchtet sich in »ökologische Nischen«, wo das kritische Potential sich allenfalls indirekt erschließt.

Effektive Unterstützung erfährt das Thema nur

von oben. Was an Zustimmung, erinnern Sie sich an den Fall Alt im Südwestfunk, aus dem Publikum kommt, stellt zwangsläufig eine Auswahl dar, die keine Repräsentanz beanspruchen kann. Im Konfliktfall wird darauf auch stets deutlich hingewiesen.

Der Konfliktfall verweist aber auch auf das Generelle: mit welcher Öffentlichkeit haben wir es über jene hinausgehend, die ich vorhin beschrieben habe, eigentlich zu tun? Gibt es eine »öffentliche Meinung«, auf die sich die Medien beziehen?

Wer ist die »öffentliche Meinung«?

Lassen Sie mich einen kurzen Seitenblick werfen auf die Erklärungsangebote der Kommunikationswissenschaften zur öffentlichen Meinung. Der Bielefelder Soziologe Professor Niklas LUHMANN macht uns da wenig Hoffnung; er sagt: »Öffentliche Meinung« ist heute ein Begriff, dessen Gegenstand fraglich geworden – vielleicht gar nicht vorhanden ist.« Der Begriff, so fährt Luhmann fort, suggeriert ein »Substantiv, dem man die Lösung des Problems der Reduktion der Beliebigkeit des rechtlich und politisch Möglichen anvertraut«. Ich darf Ihnen diese fürchterliche Genitiv-Häufung eindeutschen: er versteht unter öffentlicher Meinung im Ideal, ich betone im Ideal, ein Handlungssubjekt, dem man zutraut, die Auswahl dessen zu treffen, was zum Thema für Politik und Gesetzgebung werden könnte. In dieser Definition ist also eine Einschränkung vorgenommen worden: öffentliche Meinung transportiert nur Inhalte, die zum Gegenstand für politisches und/oder gesetzgeberisches Handeln werden könnten. Das bedeutet also, daß die Träger einer solchen öffentlichen Meinung Zugang haben zu den entsprechenden Schaltstellen. Diese Verbindung muß nicht unbedingt eine Lobby im Bundeshaus sein, sie kann auch mittelbar über die Medien hergestellt werden.

Was macht ein Thema für die Medien aktuell?

Wann interessiert sich die öffentliche Meinung für ein Thema? LUHMANN hat sechs Faktoren gefunden, die alle mehr oder minder vorhanden sein müssen, damit ein Thema öffentliche Aufmerksamkeit erlangt:

1. Es müssen bestimmte Werte auf dem Spiel stehen, die von »überragender Priorität« sind.
2. Wenn solche Werte bedroht sind, dann kann man von einer Krise sprechen, zumindest von der Existenz von Krisensymptomen.
3. Wer das Thema ins Gespräch bringen will, muß einen entsprechenden Status besitzen: »Politische Führer, bekannte Namen, gesellschaftliche Größen finden für ihre Mitteilungen eher Aufmerksamkeit und Echo als Menschen, die nicht über den politischen Status verfügen.«
4. Dieser Absender muß Symptome des politischen Erfolges zeigen. Mit anderen Worten: ein führender Bundespräsident, der noch allen in Erinnerung ist – von den noch lebenden ist Ihnen sicher Walter Scheel noch präsenter als Carl Carstens –, kann gleichwohl weniger für Wirbel sorgen als z. B. Joschka Fischer, den Dieter Hildebrandt gelegentlich als »Turnschuh-Danton« bezeichnet hat.
5. Wenn es sich um Ereignisse handelt, so müssen sie natürlich neu sein, denn »das Neue hat eine Vermutung der Wichtigkeit für sich«: Dies ist mit einer der obersten Glaubenssätze des Konsumverhaltens. Luhmann verkennt nicht, daß es in komplexen Gesellschaften mitunter schwierig ist, die

tatsächlich wichtigen Neuerungen wahrzunehmen. – Schließlich

6. Themen dürfen dann in jedem Fall Aufmerksamkeit für sich beanspruchen, wenn sie, ich zitiere, »Schmerzen oder zivilisatorische Schmerzsurrogate« hervorrufen, wenn es also dem Bürger allgemein, wie nach Tschernobyl, ans Essen geht, ebenso an den Geldbeutel. Hier sind wir allerdings wieder bei dem Problem angekommen, das ich vorhin bereits angedeutet habe.

Das Ideal des Journalisten

Wenn wir uns die sechs Kriterien von Niklas LUHMANN ansehen, so dürfen wir nicht gewiß sein, damit eine Art Public-relation-Strategie in der Hand zu haben, mit der wir die vielköpfige Hydra »öffentliche Meinung« füttern können. Für den seltenen Fall, daß uns Journalisten die diversen Zwänge nicht die Entscheidung aus der Hand nehmen, welchen Themas wir uns bemächtigen wollen, können wir vielleicht sogar eigenes Interesse wahrnehmen. Ich darf Ihnen dazu zitieren, was der amerikanische Kolumnist Jack ANDERSON in einem Interview dem Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens Dagobert LINDLAU sagte: »Investigativer Journalismus will ermitteln, was die Leute, die uns regieren, wirklich tun. Meistens schreiben wir Reporter nur, was die Regierung sagt, was sie tut – berichten über Pressekonferenzen, publizieren Verlautbarungen. Investigativer Journalismus will genau das herausfinden, was die Regierung vor uns verheimlichen will. Ich habe noch nie einen Regierungsbeamten erlebt, der eine Pressekonferenz einberufen hat, um uns mitzuteilen, wie unfähig er ist. – Ich habe noch nie eine Verlautbarung gesehen, in der ein Ministerium über seine Fehler berichtet. Uns geht es genau um diese Fehler.« Soweit Jack Anderson zu Dagobert Lindlau. Dies entspricht dem Ideal des historisch bedingten journalistischen Selbstverständnis: vierte Säule im Staate zu sein neben den drei Gewalten. Es handelt sich im Prinzip um den Versuch, dem Macht-Privileg der Exekutive das Gewicht der Kritik entgegenzusetzen. Das ist ein Ergebnis des für uns Deutschen mühseligen Demokratisierungsprozesses während dieses Jahrhunderts, sodaß diese Funktion der Medien im Grundsatz allgemeine Zustimmung findet.

Der Nürnberger Kommunikationswissenschaftler Professor Franz RONNEBERGER schreibt es dem Rollenverständnis des Journalisten zu, »das Unbeachtete, Seltene, Ungewöhnliche, ja selbst das Außeralltägliche und Abseitige aufzuspüren und darzustellen, weil es höheren Nachrichtenwert im Sinne der Anziehungskraft für das Publikum hat, wohl auch, weil es in der Hand des Journalisten liegt, wenigstens publizistisch für Ausgleich und »Gerechtigkeit« zu sorgen.« Nun, das ist die schöne Norm; der Alltag sieht den Journalisten im organisatorischen und meinungstendenziellen Korsett seines Mediums, das ihn beschützt und aufrichtet, mitunter aber auch beengt. Gleichwohl

schwebt vielen Journalisten, die sich nicht träge vom täglichen Einerlei treiben lassen, jener ideale Entwurf vor, wie ihn Ronneberger beschreibt.

Nun ist es noch ein wenig grundsätzlich geworden. Das Thema »Boden« war dennoch stets präsent, zum Beispiel in dem Sinne, unter welchen Umständen ein Thema, das jetzt noch vorzugsweise in Fachdiskussionen diskutiert wird oder allenfalls am Rande der Umweltberichterstattung »mitläuft«, eine Schlagzeile wert ist. Auf eine neue Katastrophe, die unser Thema als Aufmacher in die »Bild«-Zeitung bringt, möchte ich jedenfalls nicht warten.

Zusammenfassung

Das Thema „Boden“ wird in den Medien grundsätzlich nicht anders behandelt als andere Fragen der Umwelt-Berichterstattung. Innerhalb der Medien hat es sich allerdings in andere Ressorts verlagert: in früheren Jahren dominierten die Hintergrund-Berichte auf wissenschaftlicher Grundlage aus den entsprechenden Redaktionen, während durch die rasche Folge der Katastrophen seit dem Waldsterben (Tschernobyl, Rhein, Nordsee) jetzt die aktuellen Redaktionen hauptsächlich die Informationen verbreiten. Dabei kommt es vielfach zu einem Defizit darin, die Zusammenhänge in ökologischen Wechselbeziehungen zu erläutern. Überdies werden durch die veränderte Bearbeitung des Themas, die sich nun in erster Linie nach der Tagesaktualität richtet, die verbliebenen Hintergrundreportagen eher der vorherrschenden politischen Tendenz eines Mediums unterworfen. Durch das starke Engagement von Umweltschutz-Gruppen und -Verbänden wird investigativer Journalismus zur, wenn auch manchmal spektakulären, Ausnahme.

Summary

Massmedia handle the subject 'soil' as environmental reports at all. Within a medium the topic has changed the department. In the beginning background reports have dominated, mostly produced by science departments of a print or electronic medium. At the latest since the 'Waldsterben' in central Europe beginning 1982 and the following catastrophes (Tschernobyl, Rhine and Northern Sea Pollution) informations are firstly coming out of departments for daily actualities. At the same time there is arising a deficiency of explaining the interdependences in ecological spheres. By the way investigative journalism loses to the encouraged activities of groups and alliances working for the preservation of nature.

Anschrift des Verfassers:
Redaktionsbüro Florian Hildebrand
Isarstraße 44
D-8000 München 5

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege \(ANL\)](#)

Jahr/Year: 1988

Band/Volume: [12_1988](#)

Autor(en)/Author(s): Hildebrand Florian

Artikel/Article: [Das Thema "Boden" in den Medien 35-39](#)